

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den gen. Kog. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. zuzüglich Abgabe für den Posttransport. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abgabe für den Posttransport 15 Pf. Alle Bestellungen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr durch Fernaufbestellung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Abbesteller ist verpflichtet, wenn der Bezug durch die Redaktion nicht mehr möglich ist, die Abbestellung schriftlich zu erklären. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Riesa.

Angabenpreis: die 3-spaltige Reklamestelle im teilschen Teile 100 Colopfen, die 4-spaltige Reklamestelle im amtlichen Bekanntmachungen 40 Colopfen, die 5-spaltige Reklamestelle im teilschen Teile 100 Colopfen. Nachmittagsblätter 20 Colopfen. Sonntags- und Feiertagsblätter 100 Colopfen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Abbesteller ist verpflichtet, wenn der Bezug durch die Redaktion nicht mehr möglich ist, die Abbestellung schriftlich zu erklären. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 215. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2610 Dienstag, 14. September 1926

Annäherungen.

Die österreichischen und jugoslawischen Vertreter benutzten während der Völkerbundtagung in Genf die günstige Gelegenheit, um die schwebenden Verhandlungen über einen gegenseitigen Vertrag zu beenden. Ob es ein reiner Handelsvertrag ist oder ob dieser zu einem Schiedsgerichtsvertrag erweitert werden soll, davon steht noch nichts fest. Aber es ist wohl anzunehmen, daß die Entwicklung sich in der letzteren Richtung bewegen dürfte. Gleichzeitig hören wir, daß auch die Verhandlungen zwischen Italien und Rumänien sehr weit fortgeschritten sind. Das mag wohl Jugoslawien dazu bewegen haben, neben einem Ausgleich der Gegensätze mit Griechenland, namentlich in der Salonikfrage, auch einen solchen mit Österreich zu suchen. Letzten Endes richtet sich der italienisch-rumänische Vertrag, wenn man es auch nicht zugibt, gegen Südslawien, das ja ein gefährlicher Konkurrent Italiens in der Adria ist. Die italienische Haltung gegenüber den slowenischen Minderheiten hat zudem in Belgrad arg verschimpft. Wie groß das Interesse Italiens an Rumänien außerdem ist, erkennt man schon daraus, daß Italien trotz seiner eigenen gerade nicht rosigsten Finanzlage doch für Rumänien Geld übrig hat und ihm dazu noch bereitwillig Kredit für den Ausbau seiner Flotte gewährt. Allerdings spielen dabei noch andere Momente mit. Rumänien besitzt Petroleum und die Nebenprodukte daraus, die für die Kriegführung und für das wirtschaftliche Leben so nötig sind. So kann sich Italien in Rumänien den nötigen Anteil daran sichern.

Was uns in Deutschland am meisten angeht, ist die Stellung Österreichs zu Jugoslawien, nicht etwa, weil wir eine Annäherung mißbilligen. Dazu haben wir keinen Grund. Haben wir doch trotz des Krieges zu Jugoslawien gar keine Gegensätze. Es sei hier nur an die frühere deutsch-serbische Freundschaft erinnert, die leider durch den österreichisch-serbischen Gegensatz getrübt wurde. Wenn sich jetzt Österreich und Jugoslawien zusammenfinden, so ist es ein Beweis, daß dieser Gegensatz nun endlich geschwunden ist.

An Österreich hat der Völkerbund lange herumgedoktert. Es war ein schier aussichtsloses Unterfangen, diese künstliche Staatsform zu einem selbständigen politischen und wirtschaftlichen Wesen zu machen. Das hatte nur den einen Vorteil, daß Österreich im Gegensatz zu uns in Reparationsfragen von der Entente nicht zu sehr mißhandelt wurde. Österreich bekam einfach einen Vornamen, der dafür sorgen mußte, daß die Finanzen, nachdem man dem Lande eine Völkerbundanleihe gegeben hatte, in Ordnung kamen. Das wurde bis zu einem gewissen Grade auch erreicht. Aber die Tatsache selbst hat eigentlich nirgends Befriedigung hervorgerufen, da Österreich weder politisch noch wirtschaftlich auf einen grünen Zweig kommen kann.

Mit der Hauptgrund der Sanierungsversuche war das Verlangen, die Österreicher davon zu überzeugen, daß sie gar keinen Anspruch auf Deutschland brauchen. Man wandte dabei das System von Zuckerbrot und Peitsche an. Das Zuckerbrot waren die angeblichen Wohltaten, die Peitsche die Verträge, die von allen Seiten gegen den Anschluß gehalten wurden. Man dachte nur an Mussolini und auch an die verschiedenen Ansprüchen von Staatsmännern der sogenannten Nachfolgestaaten. Auf italienischer Seite hat man aber noch vor etwas anderem Furcht. Das ist das Wiedererstehen eines Gebildes, das dem alten Österreich, wenn auch nicht politisch, so doch wirtschaftlich, ähnlich ist. Deshalb dürfte man in Italien für eine österreichisch-jugoslawische Annäherung wenig Verständnis oder Vorliebe haben. Denn wenn jetzt die Nachfolgestaaten mit Österreich Fühlung suchen, so geschieht das vielfach aus dem Empfinden heraus, daß die Friedensverträge eine große Wirtschaftseinheit zerschlagen haben, die bei der Buntschicklichkeit des in Betracht kommenden Völkerrechts notwendig war.

Wirtschaftliche Gemeinschaften lassen nun häufig politische entstehen. Das alte Österreich ist aber der ganzen Sachlage nach für immer tot. Will man auf der Entente-Seite und bei deren Willkürern auch die leiseren Ansätze für einen neuen Donauzusammenschluß vermeiden, so gibt es nur das eine, man gibt den Deutschösterreichern den einzig gangbaren Weg frei, das ist der Anschluß an Deutschland. Man hat durch nichts bisher ein Nachlassen des Anschlußwunsches auf beiden Seiten erreichen können. Das wird auch in Zukunft nicht geschehen. Es würde der Welt außerdem ein neues verwickeltes Vertragssystem erspart, wie es jetzt im Entstehen begriffen ist. Die jetzigen Verträge sind nur ein Notbehelf, dessen Undurchführbarkeit sich früher oder später doch erweisen muß.

Der Reichspräsident wieder in Berlin.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg traf mit dem fahrplanmäßigen Fern-D-Zug aus München in Berlin ein. Der Reichspräsident wird sich nur kurze Zeit in Berlin aufhalten und sich am Freitag, den 17. d. Mts., nach Bad Bergzheim zu den in der dortigen Gegend stattfindenden Wandern begeben.

Der Bombenanschlag auf Mussolini.

Französischer Protest in Rom.

Eine Prophezeiung für Mussolini.

Die Rede Mussolinis, die er unmittelbar nach dem mißglückten Attentat vom Balkon seines Arbeitszimmers herab gehalten hat und in der er die Warnung an Frankreich richtete, endlich mit dem Schutz und der Protektion antifaschistischer Bestrebungen aufzuhören, hat in Paris starkes Bestreben erregt, zumal auch die öffentliche Meinung in Rom die Ausführungen des Duce weiterverfolgt. Der französische Gesandte in Rom hat im Auftrage der Pariser Regierung bei Mussolini offiziell gegen diese Ausführungen Protest eingelegt. Einer Neuermeldung aus Rom zufolge erklärte Mussolini dem Handelssekretär der britischen Botschaft, der sich unmittelbar nach dem Attentat verabschiedete, es sei zwecklos, Anschläge auf sein Leben zu machen, da ihm vorausgesehen worden sei, daß er nicht eines gewaltsamen Todes sterben würde. Er glaube an Prophezeiungen und sei daher sicher, daß er eines natürlichen Todes sterben werde. Daher verschwanden die Attentäter ihre Zeit.

Wie sich jetzt herausgestellt hat, heißt der Attentäter nicht Giovanni, sondern Gino Lucetti. Er ist gebürtig aus Avanzo in Toscana, aber seit acht Jahren in Frankreich, Marseille, Nizza und Paris, ansässig gewesen, von wo er häufig geheimnisvolle Reisen nach Rom unternahm. Auf der Brust tätowiert trägt der Attentäter die französischen Worte „Vive la mort“ (Es lebe der Tod). In Rom hatte sich Lucetti eine Woche lang aufgehalten, um die Ausführung des Mordplanes genau vorzubereiten. In Rom wurde eine Anzahl Anarchisten verhaftet. Der oberste Polizeichef Italiens, Rondada, ist durch den Polizeichef von Genua, Borchini, ersetzt worden, ebenso ist der Polizeidirektor von Rom seiner Stellung entsetzt worden.

In allen Städten Italiens und in den Kolonien sind große Kundgebungen aus Freude darüber erfolgt, daß Mussolini der Gefahr entgangen ist. Alle sozialen Schichten nahmen daran teil. Die Kundgebungen sind ohne jeden Zwischenfall verlaufen.

Zwischenfälle in den Wandelgängen der italienischen Kammer.

Rom. „Levere“ meldet, daß der Führer der katholischen Volkspartei, Grandi, sowie mehrere kommunistische Abgeordnete durch fascistische Abgeordnete aus den Wandelgängen der Kammer hinausgeworfen wurden.

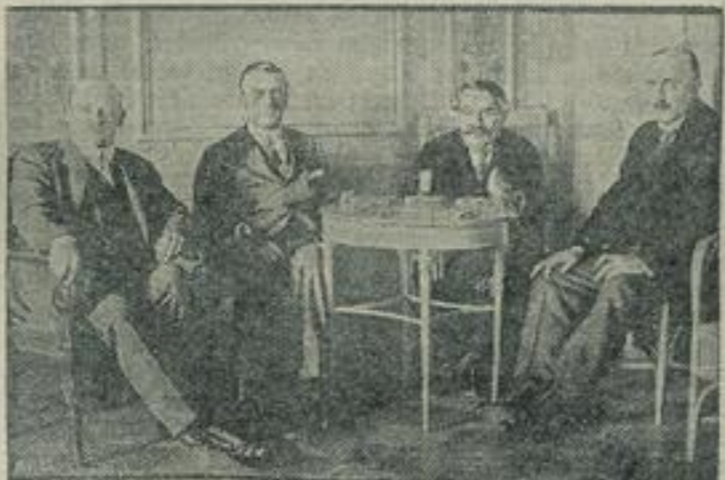
Starke Zurückhaltung in London über angeblich zu erwartende Rückwirkungen im Rheinlande.

London, 13. September. In maßgebenden englischen Kreisen läßt man mit Bezug auf angeblich zu erwartenden Rückwirkungen im Rheinlande größte Zurückhaltung und läßt sich sogar sagen, daß man allen diesen Berichten mit einem ungewissen Ge-

Neue Vollversammlung des Völkerbundes.

Die Besprechungen Stresemann-Briand.

Die Vollversammlung des Völkerbundes ist für Mittwoch erneut einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht der Bericht der Kommission für Rechtsreform. Wie es heißt, wird am Donnerstag zur Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder geschritten werden. Es ist



Stresemann, v. Schubert, Chamberlain und Briand nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

fühl gegenübersteht. Man betont, daß die verantwortlichen Persönlichkeiten Deutschlands viel zu klug seien, als daß sie kurz nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit Forderungen in dieser Hinsicht auf den Plan treten würden. Die unvermeidlichen Folgen solcher Forderungen würden eine für die allgemeine politische Lage störende Reaktion sowohl in England als auch in Frankreich hervorrufen, da auf beiden Seiten des Kanals solche Forderungen als Drohungen betrachtet würden. Allerdings glaubt man, daß gegenwärtig in Genf Besprechungen über mit den Rückwirkungen zusammenhängende Fragen stattfinden. Aber man bezweifelt, daß aus den erwähnten Gründen diese Besprechungen direkte oder positive Ergebnisse haben werden. Wenn in der Frage von Erleichterungen im Rheinlande angebliche Zugeständnisse im nächsten Monat gemacht werden würden, so wäre es nach englischer Auffassung im Interesse der gesamten politischen Situation besser, wenn die Initiative hierzu von englischer oder französischer Seite ausgehen würde.

Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Locarno-Verträge.

Genf, 14. September. Am 11 Uhr vormittags fand im Völkerbundsekretariat die feierliche Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Locarno-Verträge durch die ersten Delegierten der am Locarnoabkommen beteiligten Mächte statt. Deutschland war durch Dr. Stresemann vertreten.

Primo de Rivera über seine zukünftige Politik.

Berlin, 14. September. Der Korrespondent des Berliner Tageblattes in Madrid hatte mit Primo de Rivera eine Unterredung, in der der Diktator u. a. erklärte: Die Aufhebung der Artilleristen ist im Auslande maßlos überschätzt worden. Die Schuldigen wird die ganze Härte des Gesetzes treffen, wenn sie sich auch der Tragweite ihres Schrittes nicht voll bewußt gewesen sind. Die Sicherheit des Staates erfordert, daß diesmal nicht Gnade vor Recht ergeht. Wie ich mir die weitere Gestaltung der Dinge in Spanien denke? Ich brauche nur auf die Kundgebung hinzuweisen, die ich bei meinem Regierungsantritt vor drei Jahren erließ. Drei Jahre sind keine lange Zeit. Es war ein Ausnahmezustand und es muß Ordnung geschaffen werden. Mein Wert ist nicht vollendet. Auf die Frage des Korrespondenten, ob Spanien nur zeitweilig am Völkerbunde desinteressiert sei, erklärte Primo de Rivera: Heute läßt sich das noch nicht sagen. Wir müssen die weitere Entwicklung abwarten. Aber ich möchte vor zum Ausdruck bringen, daß Spanien über Deutschlands Aufnahme in Genf lebhaft Genugtuung empfindet und sie als einen wichtigen Schritt auf dem Wege der Befestigung des europäischen Friedens ansieht. Unsere freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Volke werden durch die Genfer Vorgänge sicherlich nicht getrübt werden. Wir wünschen uns besonders eine weitere Ausgestaltung des Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern.

„Das Recht in Not!“

Der 34. Deutsche Juristentag.

In Köln ist der 34. Deutsche Juristentag eröffnet worden. Der vorkonferenzliche Abgeordnete Justizrat Dr. Kahl wurde zum dritten Male zum Vorsitzenden des Juristentages gewählt. Kahl ab dann in seiner Eröffnungsansprache das Ergebnis ab, daß der Deutsche Juristentag sich für die Freiheit und das Recht einsetzen will.

Reichsjustizminister Dr. Veit gab auf der Veranstaltung im Auftrage der Reichsregierung und des Reichslandtags eine programmatische Erklärung ab, in der er betonte, daß Gesetzgebung und Rechtsprechung im Volkstreiben kein Fremdsprechen sein dürfen. Dr. Veit hob weiter hervor, daß die Frage der künftigen Gestaltung der parlamentarischen Untersuchungs-ausschüsse, der Reform des Aktienrechts und des Strafrechts auf dem Juristentag eine eingehende Erörterung erfahren müßten. Der Redner führte dann weiter aus: Tiefer Schmerz erfüllt alle an der Rechtspflege beteiligten Organe angesichts der Vertrauenskrise, die unsere Rechtspflege bedroht. Ausgehalten und zum Teil leidenschaftlichen Erörterungen Klingt der Ruf: Das Recht in Not! Alle Munde an Wort! — Wenn diese Sorge berechtigt ist, wenn Wunden am Rechtskörper zu heilen sind, so liegen hier Aufgaben, an deren Lösung jeder deutsche Jurist sein Bestes setzen soll. Im vaterländischen Interesse gebietet sich aber die beschwärende Mahnung, bei aller